als sich in sich nicht Wegen unter unsere Kontrolle stellen wollte. Der Vollzugsrat ist die oberste Instanz, er ernannte die Minister, ohne daß Widerspruch laut wurde. Die Beseitigung des Postes des Auswärtigen Amts mußte von uns gefordert werden. Ein Vertreter des alten Systems ist dort nicht mehr zu dulden. Auch die Akten des Auswärtigen Amtes mußten beschlagnahmt werden. Wir verlangen, daß Erzberger an den Friedensverhandlungen nicht teilnehmen darf. Solf und Dr. David sind stets die Verteidiger der imperialistischen Kriegspolitiker gewesen. Dr. David durfte nicht mit der Kontrolle der Geheimdokumente betraut werden. Beide sind noch im Amt. Der größte Teil dieser Akten ist verbrannt. Die Beamten zum größten Teil recht fragwürdige Herren, sind noch in Amt und Würden. Bei allen diesen Fragen sind wir immer wieder auf Schwierigkeiten gestoßen. (Hört, hört!) In der Frage der Beseitigung der Rangabzeichen der Offiziere ist uns auch nicht entgegengekommen. Es sind dies zum Teil politisch unerfahrene Leute. (Großer Lärm. Rufe: Unerhört!) Den Soldaten vor den Toren Berlins hätte keine scharfe Munition gegeben werden dürfen. Hinter dem Rat der Volksbeauftragten steht die ganze bürgerliche Presse. Der Vollzugsrat dagegen wird auf das ärgste verleumdet. Der Vollzugsrat mußte den Kampf gegen natürliche und unnatürliche Gegner aufnehmen. Diejenigen, die uns Verschwendung vorwerfen, haben das wenigste Recht dazu, denn sie haben skrupellos Milliarden auf Milliarden geopfert zur Abschlachtung der Menschheit. Wir haben reine Hände. Jene arbeiten auf die Beseitigung der Arbeiter- und Soldatenräte hin. Fallen diese, dann fallen die letzten Errungenschaften der Revolution. Wir legen das Schicksal der Revolution in Ihre Hände mit der Hoffnung und dem Wunsche, daß es Ihnen gelingen möge, die Errungenschaften der Revolution zu sichern und noch weiter auszubauen. (Beifall bei einem großen Teil der Versammlung.)

Es folgt der Bericht des Rates der Volksbeauftragten

Dittmann:

Noch keine deutsche Regierung ist so fest im Volke verankert gewesen wie die jetzige. Das Entlassungsgesuch Solfs ist genehmigt; er bleibt im Amte, bis die Verhandlungen mit dem Nachfolger abgeschlossen sind. Mit der Prüfung der Akten des Auswärtigen Amtes sind Kautsky und Quarck beauftragt. Akten sind nicht verbrannt, Kautsky hat mehr gefunden, als er selber erwartet hatte. Die Regierung hat eine Sozialisierungskommission eingesetzt und arbeitet neue Vorlagen aus, um die Kriegsgewinne restlos zu besteuern und das ganze Steuersystem im sozialistischen Sinne zu reformieren. In der jetzigen schweren Zeit können wir aber Experimente nicht machen. Erst wenn die Uebergangszeit überwunden ist, wird der Sozialismus sich voll entfalten können. Zunächst ist des Volkes Los noch Arbeit und Entbehrung als Folge der vierjährigen verbrecherischen Kriegs- und Bankerottpolitik. Die Regierung hat unterm 12. November die Nationalversammlung in Aussicht gestellt. Die Konstituante ist nur dadurch diskreditiert worden, daß die ganze Reaktion nach ihr geschrien hat. Dadurch dürfen sich aber die Arbeiter nicht irre machen lassen. Auf die Dauer kann sich im neuen Deutschland nur eine Regierung halten, welche die Mehrheit des Volkes hinter sich hat. (Sehr richtig!) Wir wünschen die Wahlen so schnell wie möglich. Schwierigkeiten ergeben sich nur daraus, daß die Kriegsgefangenen und die Bevölkerung im besetzten Gebiet auch an den Wahlen teilnehmen sollen. Wir sind überzeugt, daß die Wahlen eine sozialistische Mehrheit ergeben werden, nach den Beispielen, welche wir in Anhalt und Mecklenburg erlebt haben. Der Wahlkampf wird unter dem Zeichen stehen, hier Sozialismus, hier Kapitalismus. (Beifall.) Die Arbeiterschaft wird kein Atom ihrer Kraft im Bruderkampf vergeuden. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Leinert teilt mit, daß ein Antrag eingegangen ist, welcher eine erneute Einladung russischer Delegierter zur Konferenz fordert.

Eberts-Essen: Der Berliner Vollzugsrat steht den Sozialdemokraten in der Provinz bis an den Hals. (Sehr wahr!) Wir weisen entrüstet die Zumutung des Vollzugsrates zurück, daß wir hier bis zum 25. sitzen und täglich 50 Mark Diäten einstecken sollen. (Lebhafte Zustimmung.) Die durch spartakistische Hetze im Ruhrrevier ausgebrochenen schweren Streiks sind eine schwere Gefahr für die Bevölkerung. Die Regierung muß Kommissare in die großindustriellen Verbände schicken. (Lebhafter Beifall.)

Ein Antrag verlangt die sofortige Entwaffnung der Gegenrevolutionäre, ein anderer die nochmalige Abstimmung über die Zulassung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht mit beratender Stimme.

Unfriede-Württemberg: Man würde es im Lande nicht verstehen, wenn Liebknecht und Rosa Luxemburg hier nicht teilnähmen. (Lauter Widerspruch.) Sie können dem Kongreß den rechten Weg erst zeigen. (Erneuter Widerspruch.)

Lärmszenen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Die Minderheit ergeht sich in lärmenden Angriffen auf die Mehrheit. Von den Tribünen verstärken laute Schmährufe gegen die Mehrheit den Lärm, in welchem es dem Vorsitzenden nicht gelingt, trotz andauernden Läutens sich verständlich zu machen. Zwischen Anhängern und Gegnern Liebknechts entwickelt sich eine stürmische Auseinandersetzung, die in der Hauptsache durch einen mißverstandenen Zwischenruf entstanden ist. Nachdem das Mißverständnis geklärt ist, tritt Ruhe ein. Die Minderheit verlangt die Gegenprobe. Als diese wiederum die Ablehnung des Antrages ergibt, erschallen von der Minderheit im Saale und von ihren Anhängern auf den Tribünen stürmische, langanhaltende Pfuirufe.

Ludendorff und Tirpitz.

Becker-Rosenheim: Wir in Bayern blicken besorgt nach Berlin, weil wir fürchten, es wird so wie in Rußland. Unsere Bauern wollen keine Lebensmittel mehr liefern, wenn nicht bald die Ordnung wieder hergestellt wird. Die Regierung muß dafür sorgen, daß die Verbrecher Ludendorff und Tirpitz vor ein Standgericht gestellt werden. Sie sollen nicht gehängt oder erschossen, sondern in einen Zwinger gesperrt und ein Jahre lang mit Kohlrüben gefüttert werden, wie unser Volk es erdulden mußte.

Darauf wird um 6 Uhr abends die Sitzung auf Dienstag vertagt.

* * *

Sieg der Mehrheitssozialisten in Berlin.

Bei den Delegiertenwahlen der Groß-Berliner Arbeiterräte für die Reichskonferenz der Arbeiter- und Soldatenräte erhielten die Mehrheitssozialisten 349 Stimmen, die Unabhängigen 281 Stimmen und die Intellektuellen 79 Stimmen. Es wurden gewählt 7 Mehrheitssozialisten, 5 Unabhängige und 1 Vertreter der Intellektuellen. Von den Soldatenräten Groß-Berlins wurden zum Zentralrat 4 Mitglieder der Mehrheitspartei und 2 Unabhängige gewählt.

Sozialistischer Wahlsieg in Anhalt.

Nach einem Telegramm aus Dessau hatten die Wahlen zur konstituierenden Landesversammlung für Anhalt folgendes Ergebnis:

Es wurden Stimmen abgegeben für die

Sozialdemokratie . . .	92229
Bürgerliche Demokratie .	54447
Volkspartei (Kons.) . . .	9255
Mittelstand	3249
insgesamt	159180

Gewählt sind:
22 Mehrheitssozialisten,
12 Bürgerliche Demokraten,
2 Volkspartei (Konservative).

Die Mittelständler erhielten im Hinblick auf die zu geringe Stimmenzahl keinen Vertreter. Die Unabhängigen konnten eine eigene Liste nicht aufstellen, da sie die erforderliche Zahl der Unterschriften nicht zustande brachten. Die Bedeutung des Wahlsieges ist erst zu ermessen, wenn man die gestrigen Wahlziffern mit denen der Reichstagswahl von 1912 vergleicht. Im Januar 1912 wurden in ganz Anhalt (Wahlkreis 1 und 2) abgegeben: 31465 Stimmen für die Sozialdemokratie, 5175 Stimmen für die Konservativen, 18395 Stimmen für die Nationalliberalen, 8415 Stimmen für die Fortschrittler und 4664 Stimmen für die Demokratische Vereinigung. Im ganzen also 31465 sozialdemokratische Stimmen gegen 36649 bürgerliche. Jetzt dagegen stehen 92292 sozialdemokratische Stimmen gegen 66951 bürgerliche. Aus einer erheblichen Minderheit sind also die sozialdemokratischen Wähler eine starke Mehrheit geworden. 1912 wählten 46 Prozent der Wähler sozialdemokratisch. 1918 haben 58 Prozent der Wähler der Sozialdemokratie ihre Stimme gegeben.

Trennung der Unabhängigigen von der Spartakusgruppe.

Die Berliner Wahlvereine der Unabhängigen Sozialdemokratie traten zu einer Generalversammlung zusammen, um sich über ihre Stellungnahme zu den Spartakisten klar zu werden. Der unabhängige Sozialist Volksbeauftragter Haase leitete die Verhandlungen mit einem längeren Referat ein. Er sprach sich für eine Trennung vom Spartacusbunde aus. Nach längerer Aussprache, an der sich auch Rosa Luxemburg beteiligte, wurde, wie die „Freiheit" berichtet, über zwei Entschließungen abgestimmt: „Die Resolution der Genossin Rosa Luxemburg, die sich für die Räteverfassung gegen die Nationalversammlung ausspricht, die den sofortigen Austritt der unabhängigen Vertreter aus der Regierung fordert, blieb mit 195 Stimmen in der Minorität. Dagegen wurde eine zweite Resolution angenommen, die besagt, daß jetzt die sozialistische Pflicht erfordere, sich mit aller Kraft an den Wahlen zur Nationalversammlung zu beteiligen. Sie billigt die Taktik der Unabhängigen Sozialdemokraten und erkennt die Notwendigkeit an, durch Teilnahme an der Regierung die Errungenschaften der Revolution zu sichern und zu wahren" „Diese Abstimmung bedeutet", so schreibt die „Freiheit" dazu, „eine Niederlage des Spartacusbundes gerade dort, wo er am stärksten war. Und die Begründungen, die die Resolutionen erfahren haben, verstärken diese Niederlage, weil sie keinen Zweifel daran ließen, daß es sich um eine tiefgreifende Entscheidung über die Trennung

Arbeiterprotest gegen die Losreißungsbestrebungen.

Aus Essen wird gemeldet: In fünf verschiedenen großen Versammlungen unter freiem Himmel, einberufen von der sozialistischen Partei Essen und Umgebung, wandten sich die Redner scharf gegen die separatistischen Bestrebungen zur Gründung einer Republik Rheinland und Westfalen.

Fehrenbach verzichtet!

Der Präsident des Reichstags, Fehrenbach, teilte den Reichstagsabgeordneten mit, daß nach der Verlängerung des Waffenstillstandes und Hinausschiebung der Vorfriedensverhandlungen zunächst ein Bedürfnis für den Zusammentritt des Reichstages nicht besteht.

Es wäre besser gewesen, wenn Herr Fehrenbach von Anfang an diese Erkenntnis gehabt hätte!

Der Uebermut unserer Feinde.

Neue französische Forderungen.

An der Sitzung des neugebildeten Wirtschaftsausschusses der internationalen Waffenstillstandskommission am 15. d. M. nahmen zum 1. Male deutsche Sachverständige aus allen Berufsständen teil. Französischerseits wurden Forderungen für die Belieferung Elsaß-Lothringens aufgestellt in Höhe von monatlich 375000 Tonnen Kohle, 105000 Tonnen Kohlen, 112000 Tonnen Manganerze und 40000 Tonnen Alteisenschrot. Außerdem wurde die Ablieferung von Maschinen-Ersatzteilen, Treibriemen und elektrischen Motoren aus ostrheinischen Gebieten je nach Bedarf der elsaß-lothringischen Industrie, sowie die Belieferung eines französischen Departements mit deutschen Brennstoffen gefordert. Die Franzosen bestanden auf Annahme ihrer Forderungen in unveränderter Form. Demgegenüber vertrat die deutsche Kommission den Standpunkt der Gegenseitigkeit. Da die Franzosen diesen Standpunkt als Ablehnung ihres Vorschlages betrachteten, wurden die Verhandlungen zunächst vertagt. Deutsche Waffenstillstandskommission: Staatssekretär Erzberger.

Ein wirtschaftliche Kontrollkommission der Entente für Deutschland.

Die badische Presse meldet aus St.-Gallen: Das dortige „Tageblatt" bekommt eine Meldung des Pariser „Temps", welche besagt, daß später, wenn die Lage Deutschlands sich geklärt habe, eine permanente Entente-kommission mit dem Sitze in Berlin ernannt werden würde, welche Deutschlands wirtschaftliches Gebaren zu verfolgen hätte. Hierzu bemerkt das Blatt, man habe es mit einer Art Vormundschaft und Finanzkontrolle zu tun, wie die Türkei sie sich bis zum Kriege gefallen lassen mußte.

Vom Kaiser.

Seine Weigerung, Holland zu verlassen.

„Mandag Goethenblad" (?) in Amsterdam will aus guter Quelle erfahren haben, daß man von amtlicher Seite versucht habe, den früheren deutschen Kaiser dazu zu bewegen, Holland freiwillig zu verlassen, um die mit seinem Aufenthalt im Lande für Holland verbundenen ernsten Gefahren zu beseitigen. Der Kaiser soll auf dieses Ersuchen nicht eingegangen sein.

Zur Flucht des Kronprinzen.

will die „Deutsche Zeitung" erfahren haben:

Nach Ausbruch der Revolution stellte der Kronprinz beim Soldatenrat die Forderung, als Heerführer bei der Armee bleiben zu dürfen. Die Forderung wurde abgelehnt. Dann hat er, die seinem Alter entsprechende Stellung in der Armee ihm zu belassen. Wiederum Ablehnung. Darauf ersuchte er, ihm die Möglichkeit zu geben, als gemeiner Soldat bei der Truppe zu bleiben. Erneute Ablehnung. Schließlich bat er, da er dann Zivilist sei, sich zu seiner Familie begeben zu dürfen. Auch diese Forderung wurde abgelehnt. Erst daraufhin entschloß er sich, nach Holland zu flüchten.

Kleine politische Meldungen.

Mackensens Nachhut von den Rumänen interniert. Das deutsche Konsulat in Kronstadt richtete an Mackensen folgendes Telegramm: Der Abmarsch der aus 2000 Mann und 120 Offizieren bestehenden Nachhut der Armee Mackensen wurde von den hier (in Kronstadt) eingetroffenen rumänischen Truppen verhindert. Die deutschen Soldaten wurden interniert und werden zum Teil sehr schlecht behandelt. Das Konsulat verbleibt einstweilen hier. Mackensen hat sofort in Bukarest energisch protestiert. — Wie das Budapester Blatt „Az Est" meldet, ist Generalfeldmarschall v. Mackensen von der ungarischen Regierung interniert worden. Ein Vertreter der ungarischen Regierung teilte dem Feldmarschall mit, daß die Ententemächte auf seiner Internierung bestehen.

Ein wandelbarer Pfarrer. In der „Deutschen Tageszeitung" veröffentlicht Pfarrer Traub einen Aufruf, worin er seinen Anschluß an die deutsch-nationale Volkspartei, d. h. an die Konservativen erklärt. Pfarrer Traub betrachtet sich also jetzt als Gesinnungsgenossen derjenigen, die ihn einst als einen Ketzer gebrandmarkt und aus Amt und Würden gebracht haben. Dieser Gesinnungswechsel kann nicht von gestern auf heute erfolgt sein. Deshalb ist es unverständlich, daß Abg. Traub sein Landtagsmandat für Teltow-Beeskow im preußischen Abgeordnetenhaus, das er von liberalen Wahlmännern erhalten hat, nicht längst niedergelegt hat, obwohl ihm in aller Form mitgeteilt wurde, daß er nicht mehr das Vertrauen der fortschrittlichen Organisation seines Wahlkreises besitze.

Entgegenkommen der Franzosen in Mainz und Wiesbaden. Die „Köln. Ztg." meldet aus Mainz: Den Mainzer und Wiesbadener Behörden versicherten die Generale Fayolle und Mangin ihre loyalste Mitarbeit. Die Franzosen lehnten es ab, trotz schwerer Kriegsschäden Rachegefühle zu hegen und betonten den beiderseitigen Willen, den Wirtschaftsbetrieb aufrechtzuerhalten.

Räumungen im Osten. Die deutschen Truppen haben Reval und Oesel geräumt und die Verwaltung den estnischen Zivilbehörden übergeben. Dieser Tage verläßt die deutsche Verwaltung auch Kurland und übergibt die Geschäfte der neuen lettischen Regierung.

Neue Wiener Enthüllungen. Der Pressedienst des österreichischen Staatsamtes für Heerwesen veröffentlicht eine Sammlung von Dokumenten über Vorschläge des früheren Oberkommandierenden Erzherzog Friedrich an den Kaiser Franz Josef aus den ersten Kriegsjahren, welche darauf hinauslaufen, die Bevölkerung in jeder Form vom politischen Leben auszuschalten und eine militärische Diktatur zu errichten.

Republik Karlsbad. Dem „Neuen Wiener Tageblatt" wird aus Karlsbad gemeldet, daß der Stadtrat von Karlsbad sich an den Präsidenten Wilson gewandt habe, mit der Bitte, Karlsbad möge in Anbetracht seines internationalen Charakters als Republik unter amerikanischer Oberhoheit erklärt werden.

Ministerkrise in Ungarn. Die Berliner Redaktion des Budapester Blattes „Az Est" erhielt aus Budapest die Nachricht, daß der Minister des Innern Graf Battyani von den Sozialisten gestürzt worden ist, weil er als Reaktionär betrachtet wird.

Dr. Sidonio Paes, der ermordete portugiesische Ministerpräsident, ist eine in Berlin wohlbekannte Persönlichkeit. Denn er hatte, vom Posten eines Mathematikprofessors zur Diplomatie übergetreten, vor dem Kriege an der Spitze der portugiesischen Gesandtschaft in Berlin gestanden. Nach der Heimat zurückgekehrt, hielt er sich zunächst im Hintergrunde. Um so überraschender war dann im Herbst vorigen Jahres sein Auftreten als Führer eines Staatsstreichs, der der Herrschaft des radikalen Ministerpräsidenten Alfonso Costa und später-